

Erster Bürgerentscheid der Stadtgeschichte

Vaihingen/Enz Die Initiative macht mobil für eine Vaihinger Fahrradbahn. *Von Markus Klohr*

Rudolf Reuter ist froh, wenn der Alltag wieder einkehren kann. Einige Hundert Euro und einige Hundert Stunden hat der Bauingenieur in den vergangenen Monaten geopfert, um für den Bau einer sieben Kilometer langen Fahrradbahn quer durch seine Heimatstadt Vaihingen/Enz mobil zu machen – auf der Trasse der stillgelegten Bimbeles-Eisenbahn. „Es wird Zeit, dass es vorbei ist“, sagt Reuter, der hauptberuflich Brückenplaner beim Regierungspräsidium Stuttgart ist, in jüngster Zeit aber immer mehr zum nebenberuflichen Radwegeplaner avanciert.

Vorläufiger Höhepunkt seines Einsatzes war ein Aktionstag, den Reuter und die Mitstreiter seiner Bürgerinitiative am vergangenen Wochenende auf die Beine gestellt haben. Nach wie vor stehen sich Stadtverwaltung – mit der Mehrheit des Gemeinderats im Rücken – und die Initiative unversöhnlich gegenüber. Gegen den Willen der Verwaltung hat die rührige Bürgerinitiative binnen drei Wochen knapp 3000 Unterschriften gesammelt und damit den ersten Bürgerentscheid der Vaihinger Stadtgeschichte erzwungen. Er wird am Sonntag, parallel zur Bundestagswahl, stattfinden.

Die Entwidmung: Auch über den rechtlichen Status der Bahnstrecke als Fahrradbahn wird viel gestritten. Nach Auskunft des Regierungspräsidiums müsste die Strecke, wenn sie als Radweg fungiert, vom Bahnverkehr entwidmet werden. Sollten sich dann künftige Generationen dazu durchringen, das Gleis zu reaktivieren, würde das die Genehmigung deutlich erschweren.

Maisch wirbt deshalb dafür, die Trasse weiterhin frei zu halten. Allerdings hatten Maisch und die Mehrheit des Gemeinderats noch vor einem starken Jahr einen Antrag der Grünen abgelehnt, per Gutachten die Zukunftsperspektiven des Bähnles klären zu lassen.

Die Kosten: Strittig ist nach wie vor, wie teuer der Bau einer Fahrradbahn werden würde. Die Initiative geht davon aus, dass rund 720 000 Euro für einen Weg mit einfacher Asphaltdecke genügen. Die Stadtverwaltung hingegen plädiert für einen aufwendig asphaltierten, beleuchteten Weg mit zahlreichen Absturzsicherungen. Kostenpunkt: rund 1,6 Millionen Euro, inklusive einer Sanierung der Enzbrücke. „Viel davon ist Angstmacherei“, sagt Rudolf Reuter. So sei der Rand der Bahnstrecke an vielen Stellen bereits so zugewachsen, dass kein zusätzlicher Schutz nötig sei. Die Verwaltung treibe den Preis hoch, um das Projekt in der Bevölkerung zu diskreditieren. Ein Beispiel: die Enzbrücke bei Enzweihingen ist laut Gutachtern in jedem Fall marode und muss saniert werden, egal ob die Fahrradbahn kommt oder nicht. Der Vaihinger Oberbürgermeister Gerd Maisch hingegen hält die Kalkulation der Initiative für allzu hemdsärmelig.

Die Finanzierung: Wenn die wahlberechtigten Vaihinger am Sonntag mehrheitlich

für die Fahrradbahn stimmen, hat der Gemeinderat zu entscheiden, wie das Projekt gebaut und finanziert wird. Die Bürgerinitiative geht davon aus, dass rund 50 Prozent der Baukosten über Fördermittel von Bund oder Land wieder hereingeholt werden können. Die verbleibenden 360 000 Euro könnten über den laufenden Haushalt finanziert werden. Zudem verweist die Initiative darauf, dass die Stadt rund 25 Millionen Euro Rücklagen hat. Die Verwaltung betont jedoch, dass sie das Geld in den kommenden Jahren aufbrauchen wird: für den Neubau von Bauhof, Feuerwache und Technischem Rathaus. Wenn die Vaihinger für den neuen Radweg votieren, dann müsse eine Erhöhung der Grundsteuer in Betracht gezogen werden.

Sattelfest Vaihinger Schüler veranstalten heute um 13.15 Uhr eine Demo-Fahrradtour von der Stadthalle zum Marktplatz.

HOHE RECHTLICHE HÜRDEN

Mitwirkung In der Gemeindeordnung Baden-Württemberg ist der Bürgerentscheid als Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung an der Kommunalpolitik festgeschrieben. Damit sind relativ hohe rechtliche Hürden verbunden. Hürde Nummer eins hat die Bürgerinitiative bereits genommen: weit mehr als

2500 Bürger haben sich per Unterschrift für einen Bürgerentscheid ausgesprochen.

Quorum Erfolgreich im Sinne der Bürgerinitiative ist der Entscheid, wenn sich am Sonntag eine Mehrheit der rund 20 000 Wahlberechtigten für den Bau einer Fahrradbahn aus-

spricht. Diese Mehrheit muss mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten, genauer: 5164 Stimmen, umfassen. Ist dies der Fall, dann kommt das Bürgervotum einem Gemeinderatsbeschluss gleich. Das heißt: die Verwaltung hätte dann keinen eigenen Entscheidungsspielraum mehr. *mk*